

Bündnis Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

Bundesrat

Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit

Leipziger Straße 3-4

D-10117 Berlin

Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer

D-30451 Hannover
Leinaustr. 3

thomasbauer@buendnis-zukunft.de
www.buendnis-zukunft.de

Offener Brief an die Landesregierungen, den Bundesrat, sowie an die Bundesregierung

Hannover, 21. Mai 2008

Sehr geehrte Landesvertretungen im Bundesrat,

mit dem „zweiten Durchgang“ im Bundesrat am 23. Mai 2008, soll hier in Deutschland vorschnell der Ratifizierungsprozess des EU-Vertrages abgeschlossen werden.

Wegen der anhängigen Verfassungsklagen hat Bundespräsident Horst Köhler das Zustimmungsgesetz über den Lissaboner Reformvertrag noch nicht ausgefertigt. Die Ratifizierung des EU-Reformvertrages wurde in Deutschland entgegen der landläufigen Meinung noch nicht abgeschlossen. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht steht der Rechtsprechung des EuGH u. a. zur Frage des Vorranges von EU-Recht vor nationalem Recht eher ablehnend gegenüber. Da von dieser Seite mit Bedenken gegen den EU-Reformvertrag in seiner gegenwärtigen Form zu rechnen ist, sollten diese erst ausgeräumt sein, bevor es hierzu im Bundesrat zur abschließenden Abstimmung kommt.

Als Vertreter Ihres Bundeslandes im Bundesrat, appellieren wir deshalb an Sie, diesem Lissaboner EU-Reformvertrag ihre Zustimmung zu versagen, solange nicht das Ergebnis der anhängigen Verfassungsklagen vorliegt, mit denen die begründeten Zweifel daran überprüft werden sollen, ob sich auch alle Artikel des EU-Reformvertrages im Einklang mit dem Grundgesetz und der EU-Menschenrechtscharta befinden.

Wir erwarten, dass Sie eine eidesstattliche Erklärung darüber abgeben können, alle 478 Seiten dieses Vertrages mit der erforderlichen Sorgfalt gelesen zu haben.

Bitte beachten Sie auch hierzu unseren offenen Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vor der dortigen Abstimmung über den Lissaboner Vertrag vom 21. April 2008.

(<http://www.buendnis-zukunft.de/pdf/EUVertrag.pdf>)

i. A. 

Bündnis für die Zukunft
Der Bundesvorstand